

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Bildungsausschusses am 03.11.2009**

***öffentlich***

---

**Ort:** Berufsbildende Schule V, Außenstelle Universitätsring  
21, 06108 Halle (Saale), Aula

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 21:30 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend:**

Herr Martin Bauersfeld	CDU
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Herr Andreas Schachtschneider	CDU
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.
Frau Katharina Rommel	DIE LINKE.
Herr René Trömel	DIE LINKE.
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD
Herr Klaus Hopfgarten	SPD
Frau Katja Raab	FDP
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Jürgen Zschocke	Verw
Herr John Dauert	SKE
Frau Heike Deuerling-Kalsow	SKE
Frau Monika Engelhardt	SKE
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE
Herr Bertolt Marquardt	SKE
Frau Petra Meißner	SKE
Herr Andreas Riemann	SKE

### **Es fehlten:**

Herr Andreas Nowotny	SKE
Frau Dr. Regine Stark	SKE

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2010/11 bis 2013/14  
Vorlage: V/2009/08287
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Umweltzentrum Franzigmark erhalten  
Vorlage: V/2009/08253
- 5.2. Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Erhaltung des Standortes der Öko-Schule Halle-Franzigmark am Schulumweltzentrum Franzigmark  
Vorlage: V/2009/08257
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Umsetzung Konjunkturpaket II - Lebenszyklusprojekt
- 7.2. Wahl VHS-Beirat
- 7.3. Wahlergebnisse Stadt Eltern- und Schülerrat
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Herr Müller, Schulleiter der BbS V** stellt sich und seine Schule kurz vor.

**Herr Schachtschneider** begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste.

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

**Herr Schachtschneider** informiert den Ausschuss, dass zwei Anträge auf Rederecht vorliegen (Elternvertreter des Christian-Wolff-Gymnasiums und Herr Meyer vom BUND). Er bittet den Ausschuss um Votum, ob Rederecht erteilt wird (Begrenzung auf jeweils 10 Minuten).

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

## zu 2      **Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Dr. Bergner** beantragt für den TOP 4.1 den Zusatz 1. Lesung

**Frau Rommel** bittet um Ergänzung - Mitteilungen zur Situation Schulgärten an Grundschulen.

Herr Kogge weist auf missverständliche Darstellung in der SEPI hin. Die GS August-Hermann-Francke verbleibe selbstverständlich als kommunale GS in den Franckeschen Stiftungen. Die Stadt habe nicht vor, hier eine Veränderung vorzunehmen.

Abstimmung zur geänderten Tagesordnung

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt**

## zu 3      **Genehmigung der Niederschrift**

---

Genehmigung der Niederschrift vom 06.10.2009

**Frau Rommel** bemängelt, dass die Zuarbeiten des ZGM's zu den Standorten Jägerplatz und Heiderand nicht oder nur unvollständig vorliegen.

**Herr Kogge** verweist darauf, dass durch das ZGM nur die Fraktion der LINKEN die Zuarbeit erhalten hat.

**Herr Schachtschneider** ergänzt, dass Herr Bielecke seinerseits ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, die Zuarbeit an alle Fraktionen zu versenden.

**Frau Rommel** vermisst Aussagen zum Cantor-Gymnasium, die durch Herrn Bauersfeld erbeten wurden.

**Herr Kogge** wird prüfen, ob Protokollführung unterstützt werden kann.

**Abstimmungsergebnis:**

8 x Ja-Stimmen  
0 x Nein-Stimmen  
3 x Enthaltung

## zu 4      **Beschlussvorlagen**

---

**zu 4.1      Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre  
2010/11 bis 2013/14  
Vorlage: V/2009/08287**

---

**Herr Kogge** erläutert das Anliegen der SEPIg.

SEPIg als strategisches Papier; Aussagen zur Entwicklung vermeiden, dass Entscheidungen von Jahr zu Jahr geschoben werden.

3 Problemfelder:

- Gymnasien  
Regelung des Anwahlverhaltens erforderlich => Losverfahren **nur** für städtische Gymnasien;  
Für Gesamtschulen Losverfahren per Erlass durch MK geregelt;  
Positive Eindrücke vom Besuch im Gymnasium Südstadt.

Nachhaltige Gestaltung der GS-Bereiche im Süden => Sicherung der Zweizügigkeit für Auenschule;  
Neubau nach wie vor geplant, aber alle müssen an einem Strang ziehen.

- BbS  
Ende des Jahres Vorlage eines Entwurfes beim LVwA;  
Probleme Mischklassen – eigene Beschulung in den Heimatkreisen; Folge: Schüler fehlen in Halle;  
Derzeit Abstimmung mit Nachbarschulträgern.
- Förderschulen  
Beitritt Deutschlands zur UN-Konvention => Prüfen ob Schüler in „normale“ Schule eingeschult werden können;  
Schulversuch läuft im Norden Sachsen-Anhalts;  
Diff. Betrachtung erforderlich - auch keine 10.Klasse mehr an Förderschulen geplant.

Folgen:

Stadt hält 5 Förderschulen für Lernbehinderte vor => Nachdenken über Veränderungen;  
Veränderungen im Interesse der Kinder => bessere Zukunftschancen.

Verweis auf derzeitige Verteilung der finanz. Mittel für Schulen

	38 Mio €	Gesamt
davon	26 Mio €	für Strom, Wasser, Hausmeister etc.
	2 Mio €	für Bauunterhaltung
	5 Mio €	für Verwaltung
	1 Mio €	für Sport
verbleiben	4 Mio €	für Schüler

Ziel: mehr Geld für Schüler => Einsparung in den anderen Positionen, insbesondere bei Betriebskosten durch Standortverringerungen.

**Herr Schachtschneider** bittet den Elternvertreter des Christian-Wolff-Gymnasiums um das Wort.

- Elternvertreter begrüßt Bestrebungen der Stadt zum Erhalt von 4 Gymnasien.
- Irritationen durch Veröffentlichungen im Internet, wo nicht abgestimmte Positionen zu widersprüchlichen Aussagen führten.
- Damit wird insbesondere die Attraktivität des Wolff- und des Südstadtgymnasiums torpediert.

Eltern, Schüler und Lehrer des Wolff-Gymnasiums fordern die eindeutige Positionierung der Verwaltung.

**Herr Lange** bemängelt die Vorlage, insbesondere die kurzfristige Vorlage von Austauschblättern. Er fordert das Kenntlichmachen der Veränderungen.

**Herr Hildebrand** verweist auf die zusätzlich bereitgestellten Handouts einschließlich der Karten als Diskussionshilfen.

Mit diesen Zusatzinformationen soll vermieden werden, dass eine übergroße Vorlage entsteht.

**Frau Dr. Bergner** bittet, die Betrachtung der Schulbezirke zu erweitern und die Vorlage der Veränderungen, wenn die Veränderungen von Schulbezirken der GS Südstadt und der GS Diesterweg zu Gunsten der Zweizügigkeit GS Auen umgesetzt werden.

**Herr Paulsen** bittet als neues Ausschussmitglied um Übersendung von Rechtsgrundlagen (VO Schulentwicklungsplanung, VO zur Errichtung Gesamtschule und Erlass für Auswahlverfahren an Gesamtschulen).

**Herr Schachtschneider** bittet um größere grafische Darstellungen der Schulbezirke als in den Handouts.

**Frau Dr. Bergner** fragt nach dem Standort Ottostraße – Nachnutzung oder Ausweichstandort?

**Herr Schachtschneider** schließt sich an und fragt nach der Verlagerung des AWT-Zentrums oder Stilllegung?

**Herr Bauersfeld** verweist darauf, dass keine Einsparung gegeben ist, wenn eine Nachnutzung erfolgt.

**Herr Kogge** verweist auf die Möglichkeit, Schulen vom Netz zu nehmen. Gleichzeitig ist aber auch die Sicherung anderer Aufgaben erforderlich.

**Herr Hildebrand** verweist darauf, dass bei der Nachnutzung als AWT-Zentrum sich die Einsparung durch die Schließung des AWT-Zentrums Liebenauer Straße sich ergibt.

**Herr Schachtschneider** sieht das Gebäude als zu groß für das AWT-Zentrum.

**Herr Hildebrand** erklärt, dass z.Z. mehrere Varianten geprüft werden

In Verbindung mit Veränderungen von Schuleinzugsbereichen u.a. der GS Francke und der Vorlage der Austauschblätter zu diesem Punkt wird angefragt, ob die GS Francke ausziehen wird und wie der bauliche Zustand des Objektes der ehemaligen Glauchaschule ist (Schließung wegen Schimmelbefall – jetzt nur 250 T€ für Brandschutzertüchtigung geplant bei Reaktivierung).

**Herr Kogge** verweist auf das K II Programm und die damit verbundene Frage - Wo wird was ausgelagert?

- Kita Taubenhaus
- Auslagerung Latina

Glauchaschule günstiger Standort, damit Geld nicht in irgendeinem Gebäude verbaut wird.

Vor 2012 keine Entscheidung zu einer evtl. Reaktivierung des Objektes Glaucha für Stadt.

Wenn bis dahin auf Grund des großen Schüleraufkommens im Grundschulbereich weiterhin Bedarf besteht, ist zu prüfen, ob dort eine städtische GS entstehen kann.

GS AHF bleibt wo sie ist, aber frühzeitig Info, dass bei weiterem hohen Bedarf ggf. einen weitere GS eröffnet werden muss (im Objekt Glauchaschule).

Demografische Entwicklung in den letzten Jahren anders als geplant. Deshalb stehen sanierte Schulen zum Teil leer.

Da wo in den letzten Jahren kein Bedarf war, ist jetzt Bedarf.

**Herr Hildebrand** weist darauf hin, dass die Variante 3 im Handout zu den Grundschulen südliche Innenstadt zu streichen ist.

**Herr Kogge** ergänzt, dass die Verwaltung die Glauchaschule als städtisches Objekt erhalten will. Der Investitionsbedarf wird geprüft.

**Frau Rommel** fragt an, warum unterschiedliche Gesamtzahlen. Ist von 3 Standorten oder 4 Standorten auszugehen.

**Herr Marquardt** schließt sich an. Handelt es sich hier um Absicht oder Versehen?  
Die Erklärung der Verwaltung ist nicht ausreichend.

**Herr Kogge** verweist auf seine Stellungnahme. Es gab Missverständnisse in der Verwaltung bezüglich der Auslegung der Ergebnisse.

**Herr Lange** verweist auf die alte Vorlage. Warum ist das, was vor 3 Wochen richtig war, jetzt nicht mehr richtig?

**Herr Kogge** erklärt, dass es Gespräche mit den Stiftungen gegeben hat, um Grundstücksfragen zu klären.

Veränderungen zur Grundschule AHF waren kein Gesprächsinhalt.

Aber GS Johannes fünfzünftig. Deshalb Prüfung Reaktivierung Glaucha, ZGM prüft. Geld, das jetzt in die Herrichtung der Ausweichobjekte KITA und Latina einfließt, ist positiv auf Habenseite, wenn Reaktivierung erforderlich.

**Herr Lange** sieht in den Zahlen keine Entlastung AHF.

**Herr Hildebrand** weist ebenfalls auf die Entlastung der GS Johannes hin.

**Herr Schachtschneider** fordert Verwaltung auf, Zahlen nochmals zu prüfen.

**Herr Lange** stellt nochmals die Frage ob die GS AHF am Standort verbleibt?

Die Stadt sollte interessiert daran sein, dass die GS auf dem Gelände der Stiftungen verbleibt, auch wenn es im historischen Wesen der Stiftungen läge, eine Schule selbst zu führen.

Das Verhältnis zwischen Stadt und Stiftung muss langfristig geklärt werden.

**Herr Trömel** schließt sich an und fragt nochmals, bleibt der Standort ein kommunaler Schulstandort – ja oder nein?

**Herr Kogge:** Schule bleibt am Standort.

**Herr Senger** fragt nach den Kosten für die Reaktivierung?

**Herr Kogge** antwortet, wenn Geld in Ausweichstandorte fließt, ist die Nachhaltigkeit zu prüfen. Darum Teilkosten für Nutzung durch KITA und durch Nutzung Latina als Beitrag zu Gesamtkostenreduzierung. Wenn Nutzung als Ausweichobjekt abgeschlossen, Ermittlung der Kosten, wann wieder GS an diesem Standort installiert wird. Das ZGM wird um Prüfung gebeten.

**Herr Lange** kritisiert, dass die Verwaltung gegenüber den Stadträtinnen und Stadträten oft Aufzeigen von Gegenfinanzierungen fordert. Hier ist aber der Verwaltungsvorschlag ohne konkrete Aussage zur Finanzierung.

**Herr Kogge:** Müssen beginnen unter Berücksichtigung der einfließenden Kosten (z.B. Herrichtung Toiletten für Kita) preisgünstigste Variante zu ermitteln. Verhandlung mit der Latina, was muss am Ausweichobjekt Glauchaschule gemacht werden. Abschließend, nicht vor 2012, Ermittlung der Kosten, wenn diese wieder als GS-Standort genutzt werden kann. Stadt hat Anspruch, dieses Objekt weiter für Bildung zu erhalten.

**Herr Schachtschneider** fragt nach, ob Schwammbefall im Objekt - Ja oder nein? Auftrag an ZGM !

**Frau Rommel** erklärt, dass egal wer was bezahlt, die Kosten ermittelt sein müssen.

**Herr Senger** sieht Gefahr, wenn Kita einzieht und Schwammbefall ungeklärt ist.

**Herr Kogge** antwortet, dass EB Kita geprüft hat. Außerdem erfolgt nur Nutzung einer Etage.

**Frau Rommel** fordert, Herrn Bielecke zur nächsten Ausschusssitzung einzuladen. Er soll aufgefordert werden, zu allen Schulen, welche im Bezug zur SEPIg stehen, aussagefähig zu sein.

**Herr Bauersfeld** fordert Konsens zwischen den Fraktionen – keine Stärkung der Franckeschen Stiftungen! Fragen sollten intern geklärt werden bevor sie an die Öffentlichkeit gehen.

Zum Punkt 2.3 der Beschlussvorlage (Auslaufende Beschulung an SEK Schiller) besteht kein Diskussionsbedarf.

Bezüglich des Auswahlverfahrens für Gymnasien fragt Herr Lange, ob eine Verwaltungsvorschrift ausreichend ist. Das Ministerium hätte auf Satzungsrecht orientiert.

**Herr Hildebrand** antwortet, dass nach Rücksprache mit dem Rechtsamt eine Rechtsgrundlage für die Satzung fehlt. Er gibt bekannt, dass die Verwaltung den Ausschusmitgliedern ausgewählte Rechtsurteile zu dieser Problematik zur Kenntnis geben wird.

**Herr Lange** bittet, den BA über die Verwaltungsvorschrift zu informieren.

**Herr Hildebrand** sagt zu, im nächsten BA, den mit dem Rechtsamt abgestimmten Entwurf, zur Kenntnis zu geben.

**Herr Strech** verweist auf den Beschluss des Bildungsausschusses zur Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Gymnasien.

**Herr Hildebrand** erklärt, dass Grundvoraussetzung eines Auswahlverfahrens die Sicherung der Gleichstellung und der Ausschluss von Willkür ist. Unter diesen Aspekten ist die Berücksichtigung ein unlösbares Problem.

**Herr Strech** bittet die Landtagsabgeordneten im Land sich für eine Regelung einzusetzen, die dies berücksichtigt.

**Herr Schachtschneider** sieht eine Aufgabe der Stadt für die inhaltlichen Besonderheiten zu werben.

**Herr Paulsen** fragt, warum das Herder-Gymnasium nur dreizügig ausgewiesen wird.

**Herr Hildebrand** antwortet, dass der Raumbestand nicht mehr zulässt. Ggf. ist ein jahrgangsweiser Wechsel machbar.

**Frau Dr. Bergner** schlägt vor, in den Kapazitäten alternierend 3 bzw. 4 zügig aufzunehmen.

**Herr Bauersfeld** sieht die Länge des Schulweges als ein Kriterium.

**Herr Hildebrand** verneint mit Hinweis auf andere Rechtsprechungen. Gleichbehandlung aller Schülerinnen und Schüler ist Voraussetzung für ein Auswahlverfahren. Dies wäre vergleichbar mit einem Schuleinzugsbereich.

**Herr Lange** sieht beide Verfahren mit Mängeln behaftet. Aufgabe des Bildungsausschusses muss das Bekenntnis zu 4 Standorten sein. Das Werben der Schulen um Schüler muss durch die Stadt unterstützt werden. Appell an BA-Mitglieder auch von ihrer Seite zu unterstützen.

**Herr Schachtschneider** schließt sich der Position an.

**Herr Hildebrand** verweist darauf, dass mit dem Amtsblatt bereits abgesprochen ist, das sich die 4 Gymnasien vorstellen können.

**Herr Kogge** sieht vordergründig die Sicherheit für die Standorte durch die Kapazitätsfestlegung. Eine Kapazitätsfestlegung ist in der SEPlg verankert. Zustimmung der Eltern ist nicht generell zu erwarten. Alle Interessen werden nicht befriedigt werden können. Die Qualität der Abschlüsse muss aber an allen Standorten gesichert werden.

**Frau Rommel** verweist auf den bilingualen Unterricht am Herder-Gymnasium und fordert die Stadt auf, zu prüfen, ob in Abstimmung mit Schule gegebenenfalls eine abgestimmte Terminisierung mit dem Land erreicht werden kann.

Desweiteren bittet sie, um Missverständnisse bezüglich des Cantor-Gymnasiums auszuschließen, eindeutig darzustellen, dass das Cantor-Gymnasium dreizügig geführt wird und davon in der Regel zwei Klassen mit hallischen Schülern und eine Klasse mit Schülern aus anderen Landkreisen gebildet wird.

**Herr Kogge** verweist darauf, dass in der Planung der Schülerzahlen in der SEPlg der Stadt Halle nur für zwei Klassen hallische Schüler eine Aussage getroffen werden kann. Er verweist aber weiter darauf, dass auch das Land weiß, dass für das Cantor Gymnasium keine Standortgefährdung besteht.

Auch er appelliert an die Ausschussmitglieder, die 4 Standorte zu sichern und gemeinsam mit dem Land die Standorte Cantor und Sport zu sichern.

**Herr Senger** sagt die Unterstützung des Stadtelterrates bei der Standortsicherung der Gymnasien zu. Schlägt vor, einen Schulführer für Halle heraus zu geben, damit Eltern mehr Informationen zu den Schulen erhalten. Teilnahme oder Organisation von Messen zur Präsentation der Schulen. Er bittet die Stadt und den BA um Unterstützung.

Spricht sich gegen das Losverfahren aus und sieht zusätzliche Kosten bei der Schülerbeförderung.

**Herr Bauersfeld** fordert, mit dem Land eine Lösung zu finden, dass für Cantor keine Ausnahmegenehmigung gestellt werden muss.

Zusammenwirken mit Saalekreis - Verhinderung von Schultourismus.

**Herr Kogge** antwortet, dass Stadt die VO des Landes einhalten muss und nicht darüber diskutieren kann.

Aber politische Unterstützung der Landtagsabgeordneten gewünscht (z. B. für Scheinanmeldungen ??? Unverständlich – sollen MdL für Scheinanmeldungen gewonnen werden?).

Von Verwaltung wird viel getan, z. B. für Cantor - Ausnahmegenehmigung durch schriftliche Aufforderung des Landes.

**Herr Lange** möchte die Verwaltung ermutigen, weiter zu kämpfen, dass Halle als Schulstandort nicht umfahren wird. Mit den Nachbargemeinden muss kommuniziert werden, dass ein Schulbesuch nicht der erste Schritt zur Eingemeindung ist. „Schulen der Stadt Halle stehen für Euch offen“, als Grundtenor. Er unterstützt das Anliegen des Stadtelternrates und schlägt vor, auch das Stadtmarketing einzubeziehen.

**Herr Lange** verweist in der Diskussion zu Punkt 2.4 der Vorlage auf unterschiedliche Jahrgangsstärken bei Gesamtschulen und Gymnasien.

Verwaltung soll prüfen und richtigstellen. Desweiteren schlägt er vor, den Punkt 5.4 aus der Vorlage zu streichen.

**Herr Paulsen** bittet, die Kapazitätsangaben für die einzelnen Standorte im Beschlusstext zu verankern.

**Herr Trömel** fragt zum Beschlusspunkt Förderschulen, warum bei sinkenden Schülerzahlen im Förderschulbereich auch weniger Sekundarschulen benötigt werden?

Schülerinnen und Schüler wechseln von der Förderschule an die Sekundarschule.

Desweiteren sollte bei der Bedarfsanalyse Lernbehindertenschulen der bauliche Zustand aller Objekte einfließen und nicht nur der des Jägerplatzes.

**Herr Kogge** sagt Untersuchung aller Standorte zu. Er verwies nochmals auf die Frage, was ist Schulentwicklungsplanung?

Strategische Aussage, was stecke ich in die Gebäude, was in die Bildung. Ziel ist es beste Bildungsmöglichkeiten, aber auch keine leeren Schulen.

Neue Situation muss berücksichtigt werden. Dabei geht es nicht um eine Förderschule sondern um den Bereich insgesamt.

**Herr Trömel** antwortet, dass die Schaffung materieller Voraussetzungen eine Seite ist, die andere ist die personelle Seite. Derzeitig sind weniger Förderstundenzuweisungen für Förderungen an Sekundarschulen als an Förderschulen.

**Herr Kogge** erklärt, dass es nicht sicher ist wo die Schüler am Ende verbleiben. Ob Maßnahmen so umsetzbar sind muss sich zeigen. Auch welche Größenordnung eine Veränderung einnehmen wird.

**Herr Hildebrand** ergänzt, dass dazu eine konkrete Analyse erforderlich ist.

**Herr Kogge** ergänzt – mehr für die Bildung zu tun. Dafür sind Rahmenbedingungen, Anzahl Räume etc. auf Effektivität prüfen.

**Frau Meissner** vertritt die Auffassung, dass die SEPIg nicht nach der UN-Konvention aufgestellt werden kann. Es existieren keine konkreten Festlegungen durch das Land. Sieht

Bedingungen für Veränderungen derzeit nicht gegeben. Vor allem im Bereich der allgemeinbildenden Schulen fehlt ihrer Meinung nach Kompetenz.

**Herr Paulsen** fragt nach dem Inhalt Seite 101 und es fehlen Schulen in der Auflistung.

**Herr Hildebrand** verweist auf die Erfordernisse der Aussage zum Bestand der Schulen z. B. in Verbindung mit Förderprogrammen. Die Vollständigkeit wird geprüft.

**Frau Rommel** sieht Vorsicht geboten bei den Entscheidungen zu Förderschulen. Inhaltliche Diskussionen sollten durch den Landtag geführt werden.

**Herr Trömel** weist darauf hin, dass im Tabellenteil Schulen fehlen. Er fragt nach, ob es perspektivisch keine Schließung von Förderschulen und Sekundarschulen geben wird.

**Herr Kogge** sagt Prüfung der Verwaltung zu. Verweist nochmals auf die UN-Konvention und dem Ziel der Chancengleichheit für alle Schüler.

Bei der Sicherung des Sekundarschulstandorte spielt auch die Zahl der Rückkehrer von Gymnasien eine Rolle.

Grundsätzlich muss von einer Schließung ausgegangen werden wenn Schülerzahl von 5 Förderschulstandorten auch an 4 Standorten unterrichtet werden kann. Im Interesse der Kinder soll mehr Geld für Bildung durch Reduzierung sachlicher Ausgaben zur Verfügung gestellt werden.

**Herr Lange** fragt 4 oder 5 Standorte;  
Möchte konkrete Angaben, welcher Standort nicht fortgeführt werden soll.

**Herr Kogge** verwies auf den letzten BA und den dort dargelegten Sachständen durch Herrn Bielecke. Das Land stellt sich den Forderungen im Förderschulbereich. Zahlen werden nicht so bleiben. Wahrscheinlichkeit besteht, dass dann ggf. die kleinste Schule geschlossen wird. Die Verwaltung wird den BA über Neues informieren.

**Herr Lange** fragt an, ob ZGM saniert.

**Herr Kogge**, teilt mit, dass Sanierung nur vorbehaltlich einer Finanzierung versprochen wurde.

**Frau Meißner** verweist darauf, dass der Rückzugstermin steht.

**Herr Kogge**: Vorbehaltlich der Finanzierung der Sanierung.

**Herr Paulsen** sieht keine Notwendigkeit einer Schließung, da es Schülerzahlen nicht hergeben.

**Herr Schachtschneider** bittet für den nächsten BA Herrn Bielecke einzuladen. Es sind klare Aussagen erforderlich.

**Herr Kogge** weist darauf hin, dass die Vorlage im August erstellt wurde. Seitdem hat sich Erkenntnisstand geändert. Der BA hat den Wunsch, alle zu erhalten. Wenn das nicht möglich ist, so wird dies ein schwieriger Prozess, der schnell in die Vorlage einfließen soll.

**Herr Trömel** fordert Herrn Kogge zu einer klaren Aussage auf: Wird der Standort Jägerplatz geschlossen - Ja oder Nein? Die Entscheidung des BA's bleibt dann trotzdem offen.

**Frau Rommel** nimmt an, dass kommende Zahlen keinen Schließungsgrund darstellen. Aussage des ZGM's zum Umzugstermin steht vorbehaltlich Finanzierung.

Es steht aber auch die Willensbekundung des Rates zur Wiederherrichtung der Schule am Jägerplatz.

**Herr Marquardt** geht davon aus, dass der Beigeordnete in der letzten BA-Sitzung kompetent vertreten wurde, erwartet aber heute klare Aussagen.

**Herr Lange** sieht falsche Ansätze, wenn Stadt vom fehlenden Bedarf ausgeht. Vielmehr hat die Stadt darauf hingearbeitet, die Schule zu schließen.

**Herr Hildebrand** erklärt nochmals, die Verwaltung wird prüfen.

**Herr Kogge** ergänzt, dass neben der Auslagerung auch andere Möglichkeiten geprüft wurden. Zu lösende Aufgabe zwischen – Was möchte BA? Was ist durch Stadt finanzierbar? Die Schulentwicklungsplanung sollte nicht von Ausnahmesituationen getragen werden.

**Herr Paulsen** stimmt dem Erfordernis - Bewegung in die Bildungslandschaft zu bringen zu. Ziel kann aber nicht sein, durch Schulschließungen Geld umzuschichten. Andere Möglichkeiten müssen gefunden werden.

**Frau Meißner** sagt, dass neben dem Aspekt große Schule / kleine Schule gerade hier das Schülerclientel berücksichtigt werden muss und dass man Betriebskosten nicht allgemein beurteilen kann. Sie verweist auf einen Termin im SVA zur Einweisung in den Rückzug.

**Herr Lange** meint unter dem Aspekt, wie viel Geld fließt wohin, dass auch eine warme Schule eine gute Schule für Schüler ist. Wie viele Schulen wurden bereits geschlossen? Davon sind keine Mittel in die Verbesserung der verbleibenden Standorte geflossen, nur in HH-Konsolidierung. Warum läuft „Klimaschutz macht Schule“ nicht? Warum werden dazu nicht das ZGM und die Hausmeister hinzugezogen? Schließung Schule wird nicht erfolgen, nur um mehr Geld für die Besserstellung anderer Schulen zu haben.

**Herr Kogge** verweist darauf, dass keine Verantwortung für letzten 10 Jahre übernommen werden kann. Es ist aber erforderlich, stärker als bisher auf das Budget zu achten. Über alle Fraktionen hinweg sollte Zielstellung sein, mehr Geld für Bildung, nicht für leerstehende Schulen zu haben. Es gebe keine „Riesenschulen“. Es steht die Frage, welchen Platz haben wir an anderen Schulen. Die freien Kapazitäten werden immer größer, die Schulen immer kleiner. Teilweise stehen bis zu 10 Unterrichtsräume frei.

**Herr Senger** fragt nochmals nach, zieht Schule um oder nicht?

**Frau Raab** zeigt Verständnis für die Aufregung, wird sich doch stundenlang nur mit dem Problem Jägerplatz beschäftigt. Auch wenn unter Vorbehalt die Notreparaturen zugesagt wurden, mit der Art und Weise, wie Verwaltung hier kommuniziert wird kein Konsens mit dem BA zu finden sein.

**Frau Rommel** deutet die Antworten der Verwaltung als Versuch, etwas umzusetzen, was anders beschlossen wurde.

**Herr Kogge** sieht einen Prozess, der Schritt für Schritt zu neuen Erkenntnissen geführt hat, unter Vorbehalt der Finanzierung und es bedarf der Abwägung, ist das Vorgehen gerecht gegenüber anderen Schulen und ist es finanzierbar. Die Abwägung der Schülerzahlen ergab – Bedarf besteht nicht. BA muss Vorstellung der Verwaltung nicht übernehmen.

**Herr Senger** sieht seine Frage nicht beantwortet.

**Herr Kogge** teilt mit, dass ein Rückzug nicht sinnvoll ist.

**Herr Trömel** fordert, Vorschlag zur Schließung zur nächsten BA-Sitzung vorzulegen. Stadtratsbeschluss muss dann evtl. aufgehoben werden.

**Herr Lange** denkt, wenn SR-Beschluss aufgehoben wird, sollte man überlegen, ob statt Reaktivierung Glauchaschule nicht Jägerplatz als Grundschule hergerichtet werden kann.

**Herr Paulsen** bittet bei den Auflistungen der Schulbezirke für Grund- und Sekundarschulen um Gegenüberstellung, was verändert wurde.

**Frau Rommel** möchte als Anlage eine Liste mit allen Schulstandorten.

**Herr Strech** bittet alle freien Träger zu benennen.

**Herr Lange** wünscht, dass bei den Austauschblättern die Veränderungen deutlich gemacht werden.

**Herr Paulsen** sieht den Begriff demografische Entwicklung in Verbindung mit den Schülerzahlen als falsche Bezeichnung.

Desweiteren stellt er die Frage nach dem Bedarf einer weiteren Gesamtschule, da in den zurückliegenden Jahren stets ein Teil der Schüler nicht aufgenommen werden konnte.

Desweiteren fragt er nach dem AWT-Zentrum Liebenauer Straße.

**Herr Hildebrand** antwortet, dass die Bedarfserfassung bezüglich Gesamtschulen durch BA und SR in der vorangegangenen Schulentwicklungsplanung abgelehnt wurde.

In Verbindung mit dem Auszug der GS Rosengarten wird geprüft, dass Zentrum am Standort Rosengarten unterzubringen. Darüber hinaus werden weitere Nutzungsmöglichkeiten für den Standort Ottostraße geprüft.

### **Abstimmungsergebnis:**

11	x Ja-Stimmen	
0	x Nein-Stimmen	
0	x Enthaltung	vertagt

### **Beschlussvorschlag:**

Bezugsbeschlüsse:

- 1) Mittelfristige Schulentwicklungsplanung in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 vom 17.12.2003 (Beschluss-Nr. III/2003/03419)
- 2) Änderungsantrag zur Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung vom 17.12.2003 (Beschluss-Nr. III/2003/03843)
- 3) Erste Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2005/06 vom 16.03.2005 (Beschluss-Nr. IV/2004/04506)
- 4) Änderungsantrag zur Ersten Fortschreibung und Präzisierung vom 16.03.2005 (Beschluss-Nr. IV/2005/04821)
- 5) Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2006/07 vom 25.01.2006 und 29.03.2006 (Beschluss-Nr. IV/2005/05182)
- 6) Änderungsantrag zur Fortschreibung und Präzisierung vom 29.03.2006 (Beschluss-Nr. IV/2005/05677)
- 7) Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2007/08 vom 31.01.2007

- (Beschluss-Nr. IV/2006/05977)
- 8) Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2008/09 vom 20.02.2008 (Beschluss-Nr. IV/2007/06684)
- 9) Mittelfristiger Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 einschließlich der Fortschreibung für das Schuljahr 2009/10 (Beschluss-Nr. IV/2008/07382)

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) stimmt der Schulentwicklungsplanung für die Stadt Halle (Saale) für den Planungszeitraum Schuljahr 2010/11 bis Schuljahr 2013/14 zu.
2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt folgende Einzelmaßnahmen im Rahmen der Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2010/11 bis 2013/14.
  - 2.1
    - a) Auflösung der Grundschule Am Rosengarten zum Schuljahr 2010/11
    - b) Übernahme des Schülerbestandes der ehemaligen Grundschule Am Rosengarten an die Grundschule „U. v. Hutten“ zum Schuljahr 2010/11.
    - c) Splittung des Schulbezirkes der ehemaligen Grundschule Am Rosengarten auf die Grundschulen „U. v. Hutten“ und Auenschule zum Schuljahr 2010/11
  - 2.2 Bedarfsprüfung der Grundschulorte in der südlichen Innenstadt. Im Bedarfsfall Reaktivierung des Objektes Taubenstraße 13 (ehemalige Glauchaschule)
  - 2.3 Bestätigung des Beschlusses zur auslaufenden Beschulung an der Sekundarschule „Friedrich Schiller“ bis einschl. Schuljahr 2010/11. Übernahme der verbleibenden Klassenstufen an die SK Am Fliederweg zum Schuljahr 2011/12. Bisheriger Schulbezirk wird grundschulbezogen auf die SK „A. H. Francke“ und Am Fliederweg aufgeteilt.
  - 2.4
    - a) Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt für das Schuljahr 2010/11 Aufnahmekapazitäten für die allgemeinen kommunalen Gymnasien und Gesamtschulen.
    - b) Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt weiterhin, bei Überschreitung der Aufnahmekapazität durch die vorliegenden Anmeldungen an einem Gymnasium die Durchführung eines Auswahlverfahrens per Los. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt in einer Verwaltungsvorschrift das Verfahren zur Durchführung eines Auswahlverfahrens per Los festzulegen.
  - 2.5 Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beauftragt die Verwaltung mit der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2011/12 eine Schulentwicklungsplanung für die Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen der Stadt Halle (Saale) zu erstellen. Dabei ist die Entscheidung zum baulichen Zustand der Förderschule Jägerplatz zu berücksichtigen.
3. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Schulbezirke der Grund- und

Sekundarschulen.

4. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Bestandsfähigkeit der nach derzeitigem Stand bestandsfähigen Schulen der Stadt Halle (Saale).
5. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der demografischen Schülerentwicklung nach Bedarf eine Fortschreibung zur Aktualisierung und Präzisierung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) gemäß Verordnung Zur Schulentwicklungsplanung (SEPI-VO) vom 22.09.2008 vorzulegen.

## zu 5      **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

### zu 5.1      **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Umweltzentrum Franzigmark erhalten** **Vorlage: V/2009/08253**

---

**Herr Meyer** spricht sich im Namen des BUND für den Erhalt des Schullandheimes Franzigmark sowie den Erhalt der Ökoschule am jetzigen Standort aus

**Herr Paulsen** nimmt Bezug auf den Antrag seiner Fraktion und unterstreicht den Anteil der Franzigmark an der ökologischen Bildung in der Stadt.

Projekt sollte neuen Schwung erhalten durch einen Trägerwechsel.

Finanzielles Engagement der Stadt aber weiterhin erforderlich, mit der Zielstellung Abschmelzung der Zuschüsse.

**Herr Lange** schließt sich der Position an. Bezüglich des Antrages von Frau Wolff zum Erhalt als städtische Einrichtung stellt er an die beantragenden Fraktionen die Anfrage, ob man sich zu bestimmten Forderungen an den zukünftigen Betreiber abstimmen kann.

**Herr Bauersfeld** stellt die Frage nach den Kosten u. a. Kriterien bei einem Betreiberwechsel. Abstimmung zu einzelnen Punkten der Anträge erforderlich.

**Herr Kogge** sieht die Zukunft der Franzigmark in einer stärkeren Orientierung auf die Belange der Jugendhilfe gerichtet.

Er weist darauf hin, dass in den letzten zwei Jahren kein freier Träger nur einen Tag die Franzigmark genutzt hat. Die Stadt verfügt über eine Vielzahl weiterer Umweltbildungsangebote auch zum Teil mit Übernachtung – Verweis auf die Broschüre der Franckeschen Stiftung.

Er bekräftigt nochmals, dass die Ökoschule nicht geschlossen werden soll.

Durch die Stadt wurde eine Anfrage an den Landkreis Saalekreis gerichtet, bezüglich einer Mitnutzung des Objektes.

Bei dem Zustand des Objektes stellt sich die Frage, was soll ein neuer Träger übernehmen? Eine Betreibung durch einen Freien Träger mit Betriebsrisiko bei der Stadt wird es nicht geben.

Auch die Belastbarkeit der Stadt im Jugendhilfebereich ist ausgeschöpft.

**Herr Paulsen** weist darauf hin, dass es nicht um Übernachtungen geht, sondern um das Erleben der Natur.

Bezüglich des Abschmelzens sieht er die Kritik nicht gegeben mit Verweis auf den Stadionbau, der die Stadt wesentlich mehr und länger belastet.

Die Stadt sollte das Schulumweltzentrum erhalten.

**Herr Lange** verweist noch einmal auf den Ausgangspunkt der Diskussion zur Franzigmark.

Die finanzielle Situation der Stadt führte dazu, dass die Franzigmark auf der „bunten Liste“ stand.

Er sieht es als unproduktiv, wenn jetzt keine Zusagen für Buchungen erteilt werden.

Die Belegung sollte aus seiner Sicht auch nicht vordergründig durch freie Träger, sondern durch Schulen erfolgen.

Bezüglich der Abschmelzung sollten keine unüberwindlichen Pflöcke in einem Beschlusssentwurf eingebracht werden. Ein Trägerwechsel sollte dadurch nicht blockiert werden.

**Herr Paulsen** schlägt vor den Antrag auf nächsten BA zu vertagen.

**Frau Raab:** Erinnerungen an die Franzigmark nur noch gering. Aber was kann man dort machen, was an einem anderen Ort nicht machbar ist. Andere Möglichkeiten sind vorhanden. Welcher Träger lastet sich zusätzlich Probleme auf?

**Herr Bauersfeld** bittet in Verbindung mit der Abschmelzung um weitere Kostenangaben wie Bauunterhaltung u. a..

**Herr Kogge** antwortet, dass dem BA der Auszug aus dem HH-Plan, der Stellenplan und eine Kurzbeschreibung der Objekte vorgelegt wird.

**Herr Paulsen** fragt, warum die Personalkosten 2009 höher als geplant.

**Herr Hildebrand:** Da der Plan 2009, erstellt auf der Basis des Vorjahres, ist durch Krankheit ein Differenzbetrag aufgelaufen.

**Herr Senger** fragt nach, ob es keine Belegungszusagen für das Schullandheim gibt?

**Herr Kogge:** Bezüglich der Ökoschule gibt es keine Aktivitäten. Für 2009 werden alle Anmeldungen an Belegungen umgesetzt, für 2010 keine Zusagen.

Darüber hinaus wurde das Schullandheim aus dem zentralen Informationssystem der Schullandheime herausgenommen.

**Herr Senger** fragt noch mal nach Absagen für 2009.

Antwort: NEIN

**Herr Lange** sieht wirtschaftlichen Schaden für die Stadt durch Nichtannahme von Anmeldungen für 2010.

**Herr Kogge** verweist auf den Anschlusszwang für die Abwasserentsorgung.

**Herr Trömel** sieht darin nur eine Begründung für das Verwaltungshandeln, ohne dass Beschluss existiert.

**Herr Hildebrand** begründet noch einmal die Notwendigkeit des Anschlusses durch den Briefverkehr mit Gemeinde. Die Stadt ist im Widerspruchsverfahren.

**Herr Paulsen** sieht eine schlechte Taktik der Verwaltung in diesem Vorgehen. Vorlage, dann immer wieder neue Dokumente, er fordert Informationen der Verwaltung an BA.

**Herr Marquardt** sieht die meisten Ausgaben der Stadt als nicht wirtschaftlich. Zum Verfahren sind aus seiner Sicht erst der Beschluss und dann das Handeln umzusetzen.

**Abstimmungsergebnis:**

11 x Ja-Stimmen  
0 x Nein-Stimmen  
0 x Enthaltung

vertagt

**Beschlussvorschlag:**

1. Das Schulumweltzentrum Franzigmark wird inklusive Öko-Schule und Übernachtungsmöglichkeiten am jetzigen Standort erhalten und zu einem Umweltbildungszentrum für alle Hallenserinnen und Hallenser weiterentwickelt.
2. Die Stadt Halle wird sich beim Land dafür einsetzen, dass dessen Unterstützung der Öko-Schule (z.B. durch Abordnung von Lehrkräften) langfristig erhalten bleibt.
3. Das Umweltzentrum Franzigmark wird bis spätestens zum Beginn des Schuljahres 2010/2011 in freie Trägerschaft übergeben. Hierfür ist eine Ausschreibung (Interessentenwettbewerb) durchzuführen. Der Ausschreibungstext ist dem Stadtrat rechtzeitig vor Ausschreibungsbeginn zur Kenntnis zu geben. Über die Vergabe entscheidet der Stadtrat.
4. Die Stadt Halle wird sich mit folgenden Maßnahmen und Beträgen langfristig am Betrieb dieses Umweltbildungszentrum beteiligen:
  - a. Der ausgewählte freie Träger erhält das Gelände mit dem Haustier- und Gartenbereich sowie die Gebäude kostenlos bzw. für einen geringen symbolischen Betrag zur langfristigen Pacht. In den zu schließenden Vertrag ist eine Heimfallregelung zugunsten der Stadt aufzunehmen.
  - b. Zur Sicherung des Unterhalts des Umweltbildungszentrums jenseits der Kosten der Öko-Schule zahlt die Stadt Halle dem Träger einen Zuschuss zu den Unterhalts- und Betriebskosten in Höhe der (in diesem Jahr bereits reduzierten) Mittel, die im Haushaltsplan 2009 festgeschrieben sind. Ab dem Jahr 2012 wird dieser Betrag jährlich um 5 % der 2009er Zuschusssumme verringert.

gez. Dietmar Wehrich  
Fraktionsvorsitzender

**zu 5.2 Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Erhaltung des Standortes der Öko-Schule Halle-Franzigmark am Schulumweltzentrum Franzigmark  
Vorlage: V/2009/08257**

---

**Herr Strech** gibt bekannt, dass auf Grund der Diskussion zum Punkt 5.1 und einem gewissen Abstimmungsbedarf zwischen den Fraktionen der Antrag auf die nächste BA-Sitzung vertagt wird.

**Abstimmungsergebnis:**

11 x Ja-Stimmen  
0 x Nein-Stimmen  
0 x Enthaltung

vertagt

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Schulstandort der Öko-Schule Halle-Franzigmark am Standort Schulumweltzentrum Franzigmark zu erhalten.

gez. Sabine Wolff  
Stadträtin NEUES FORUM

## **zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

## **zu 7 Mitteilungen**

---

### **zu 7.1 Umsetzung Konjunkturpaket II - Lebenszyklusprojekt**

---

**Herr Hildebrand** informiert über die einzelnen Maßnahmen des K II Programmes sowie über die Maßnahmen des EFRE-Programms.  
Für die IGS ist der Fördermittelbescheid ausgereicht.

**Herr Dr. Diaby** fragt an, wann und wohin die IGS ausgelagert wird.

**Herr Hildebrand** antwortet, dass mit dem ZGM verschiedene Objekte geprüft wurden und werden. Es liegt aber noch kein abschließendes Ergebnis vor.

**Herr Paulsen** fragt an, warum zu den Lebenszyklusprojekten kein Stadtratsbeschluss existiert und wieso aus Kostengründen die Berater nicht durch das ZGM gestellt werden.

**Herr Hildebrand** sagt schriftliche Antwort zu.

### **zu 7.2 Wahl VHS-Beirat**

---

**Herr Hildebrand** informiert über die Zusammensetzung des Beirates.

**Herr Lange** weist darauf hin, dass dieses Thema kein Thema für den TOP Mitteilungen ist. Es besteht dringender Diskussionsbedarf. Wahl als gesonderten TOP für die BA-Sitzung Dezember einplanen.

### zu 7.3 Wahlergebnisse Stadt Eltern- und Schülerrat

---

**Herr Hildebrand** informiert über die durchgeführte Stadt Elternrats- und Stadtschülerratswahl.

### zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

**Herr Hildebrand** informiert, dass Schulgartenunterricht kein separates Unterrichtsfach mehr ist. Es ist Bestandteil des Heimat- und Sachkundeunterrichtes. Form und Umfang der Umsetzung der Inhalte obliegt dem Lehrer. Viele Grundschulen halten noch einen Schulgarten vor.

Koordinierung erfolgt durch Schulgarten Galgenberg. Schulgarten Galgenberg wird noch durch 4 Grundschulen genutzt.

**Frau Rommel** erbittet eine Aussage zu den Nutzungszeiten des Galgenberges.

**Herr Hildebrand:** Anlage zum Protokoll

**Herr Kogge** greift nochmals das Thema VHS-Beirat auf. Neben der Wahl des neuen, sollte der alte Beirat eingeladen werden. Festlegung in der Verwaltung wer was organisiert. Des Weiteren weist er darauf hin, dass die bisherige Doppelschiene VHS Halle Und VHS Saalekreis in Halle so nicht weiter machbar ist.

**Frau Rommel** informiert, dass sie eine schriftliche Anfrage zum Bildungsbericht einreichen wird.

**Herr Hildebrand** informiert, dass die GS Rosengarten am 20./21.11. 2009 umziehen wird.

### zu 9 Anregungen

---

Für die Richtigkeit:

Datum: 23.11.2009



Jürgen Zschocke  
Protokollführer

Andreas Schachtschneider  
Ausschussvorsitzender